

Lernen aus der BSE-Krise

Das im letzten Jahresbericht vorgestellte Projekt „Ernährungswende“ ist inzwischen abgeschlossen. Als ein zentrales Ergebnis des von KATALYSE bearbeiteten Moduls „Ernährung und Öffentlichkeit“ ergibt sich, dass eine gesellschaftliche Meinungsbildung darüber, wie nachhaltige Ernährung gestaltet werden soll, immer noch aussteht. Solange die Konsumenten nur Objekte von gesundheits-, wirtschafts- oder umweltpolitischen Appellen sind und Ernährung nicht zu ihrem eigenen Anliegen machen, solange wird es kaum eine Veränderung der Ernährungsverhältnisse geben.

Öffentlicher Ernährungsdiskurs in der BSE-Krise

Öffentliche Ernährungskommunikation im Sinne einer Ernährungswende nutzen zu können, setzt Kenntnisse über deren Akteure und Mechanismen voraus. Das KATALYSE Institut hat sich dieser Fragestellung am Beispiel der deutschen BSE-Krise gewidmet.

a) Politikfeld Ernährung

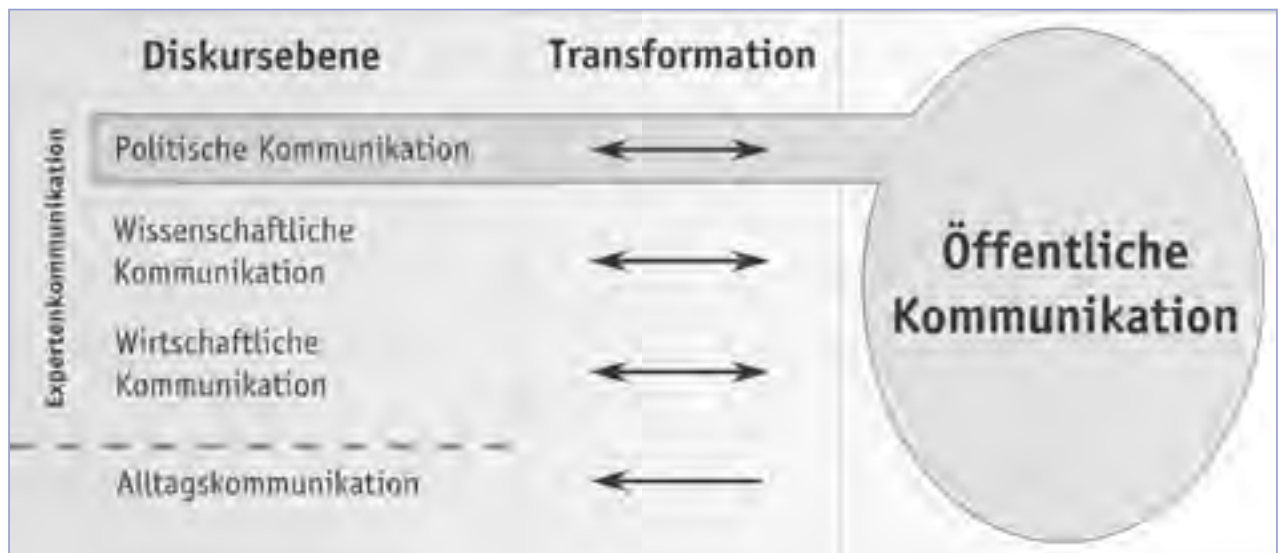
Struktureller Hintergrund für Ernährungskommunikation ist die Ernährungspolitik. Die Regelungshoheit für Ernährung lag bis zur Reorganisation der Ernährungs- und Agrarpolitik infolge der BSE-Krise im Jahr 2001 in verschiedenen Politikfeldern (u. a. Gesundheit, Landwirtschaft und Umwelt). Diese Zersplitterung und die traditionelle Überlagerung durch das Politikfeld Landwirtschaft haben die Ernährungspolitik in Deutschland bis heute entscheidend geprägt: Das Politikfeld Ernährung zerfällt in die beiden Rege-

lungsbereiche Nahrungsmittelproduktion und Lebensmittelkonsum. Politische Richtlinien und Regulierungssysteme wurden nur zu den Aufgaben Nahrungssicherung (Regulierung von Agrarwirtschaft und Lebensmittelmärkten) sowie Lebensmittelsicherheit (Regulierung der Verarbeitung) entwickelt. Es fehlt jedoch eine Nutrition Policy, also ein Politikkonzept für das gesellschaftliche und individuelle alltägliche Ernährungshandeln. Erst seit kurzem beginnt sich ein eigenständiges Politikfeld Ernährung abzuzeichnen. Fragen der Ernährungskultur haben aber immer noch keinen angemessenen institutionalisierten politisch-programmatischen Raum.

b) Akteure

Die Diskursebenen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind in unterschiedlichem Ausmaß in der öffentlichen Kommunikation repräsentiert. In der von KATALYSE zur BSE-Krise untersuchten Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung und des Kölner Express kamen

Diskursebenen der Ernährungskommunikation. Die Umrisslinie symbolisiert den Untersuchungsschwerpunkt.



staatliche Akteure am häufigsten zu Wort (59%). Wirtschaftsakteure hatten einen deutlich geringeren Anteil (23%).

Die Wissenschaft konnte in der Risikokommunikation über BSE schon sehr früh und eindeutig bezüglich der möglichen Ursache und der Verbreitungswege Position beziehen, wenn auch in einem noch geringeren Ausmaß (11%). Initiativen oder Nicht-regierungsorganisationen sind in der öffentlichen Ernährungskommunikation kaum präsent.

c) Die Politik und die Agrarwende

Die BSE-Krise ist in erster Linie eine politische Krise, ausgelöst durch eine Serie von Defiziten in der Kommunikation zwischen den zuständigen Ministerien und Behörden und bei der Information der Öffentlichkeit. Der zunächst zögerliche und reaktive Umgang der Politik mit der BSE-Krise führte zu marktrelevanten Vertrauensverlusten der Verbraucher in die Rindfleischherstellung ebenso wie in die Regulierungskompetenz der staatlichen Institutionen. Unter diesem Handlungsdruck erschienen die bis dahin von staatlicher Seite zur BSE-Bekämpfung ergriffenen reinen Abwehr- und Kontrollmaßnahmen nicht mehr als ausreichend. Das flächendeckende Auftreten von BSE wurde daraufhin im Bundestag zu einem strukturellen Problem der landwirtschaftlichen Produktionsweise erklärt. Die Schuld lag damit nicht mehr allein in mangelnden staatlichen Kontrollen, sondern auch bei anderen Akteuren – den Bauern, der Futtermittelindustrie, den Lebensmittelproduzenten und, am Ende der Kette, den Verbrauchern. Letztere seien nicht bereit, angemessene Preise für Lebensmittel zu bezahlen und förderten damit illegale Praktiken der Produzenten.

In der Konsequenz wird in der politischen Debatte als Problemlösungsstrategie eine Neustrukturierung der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik gefordert. Aus einer Debatte über Gesundheitsrisiken für den Menschen durch ein Nahrungsmittel wird eine Debatte über Problemlagen der Agrar- und Lebensmittelproduktion. Auf dem Höhepunkt der BSE-Krise wird, kurz nach der Ernennung der ersten Bundesverbraucherministerin Anfang des Jahres 2001, die so genannte Agrarwende in die politische Diskussion eingebracht und das mit der kurzfristigen Schwächung der bisherigen Machtkonstellation entstandene Zeitfenster für die Durchsetzung eines neuen agrarpolitischen Konzepts genutzt. Als die Krisenbekämpfung auch zur politischen

Gestaltungsaufgabe wurde, gelang es schnell die Krise zu entschärfen, den Rindfleischabsatz wieder zu stabilisieren und damit auch das Thema BSE aus der Öffentlichkeit zu nehmen.

Die Agrarwende ist zwar keine Strategie zur Lösung der BSE-Problematik, aber sie zeigt, wie eine Vision die öffentliche Kommunikation und Wahrnehmung lenken kann und ist vor allem als Leitbild zu verstehen, welches in der Zukunft ausgestaltet werden muss.

d) Verbraucherleitbild

Im Verlauf der BSE-Krise zeigt sich ein augenfälliger Wandel des politischen Verständnisses von Verbraucherschutz. Steht anfänglich das Recht auf staatlichen Schutz vor Gesundheitsrisiken im Mittelpunkt, so werden Verbraucher im weiteren Verlauf zu Mitverantwortlichen für die BSE-Krise. Nicht mehr allein die Politik soll den Markt regulieren, sondern auch die Verbraucher über ihr Kaufverhalten. Dieser Aufgabe sollen sie durch entsprechende Information gerecht werden können. Ausgeblendet wird der Verbraucher als ein in Alltagsroutinen handelndes Subjekt. Die Erfahrungen mit der Ernährungsaufklärung lehren jedoch, dass mehr Information allein keine Verhaltensänderungen, geschweige denn die Übernahme von Verantwortung durch die Verbraucher bewirken kann.

Gestaltung nachhaltigkeitsorientierter Ernährungsdiskurse

Am Beispiel der Kommunikation über BSE wurden Strukturmerkmale und Schwachstellen der aktuellen Ernährungskommunikation herausgearbeitet. Aus dieser Analyse konnten zwei wesentliche Anforderungen an eine Ernährungskommunikation abgeleitet werden, die eine gesunde und nachhaltige Ernährung fördert:

a) Ernährungskommunikation als Gestaltungsaufgabe verankern

Voraussetzung für die Etablierung einer nachhaltigkeitsorientierten Ernährungskommunikation ist ein neues Politikkonzept, das Ernährung in ihren weitreichenden Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit ernst nimmt und eine Verständigung über die gesellschaftlichen Ernährungsverhältnisse ermöglicht. Die Bewältigung dieser Aufgabe erfordert eine Politiksektoren und

Politikebenen übergreifende Zusammenarbeit von Ernährungspolitik, Gesundheits- und Umweltpolitik, Geschlechter-, Familien- und Sozialpolitik, Bildungs- und Forschungspolitik sowie Wirtschafts- und Entwicklungspolitik ebenso wie von EU, Bund, Ländern und Kommunen.

Aufgabe der Politik ist es, einen Verständigungsprozess darüber zu initiieren und zu organisieren, wie wir unsere Ernährung heute und in Zukunft gestalten wollen. Um eine angemessene Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen sicherzustellen, ist ein Konzept für die Stärkung (empowerment) der zivilgesellschaftlichen Ernährungsakteure zu entwickeln, das sie in die Lage versetzt, sich an der öffentlichen Ernährungskommunikation gleichberechtigt zu beteiligen. Es bedarf zudem eines aktiven Dialogs der Politik mit der Zivilgesellschaft, um den Einbezug von nicht-wissenschaftlichem Wissen, eine praxisnahe Abbildung des Ernährungsalltags und die Berücksichtigung der Konsumenteninteressen zu ermöglichen.

b) Alltagsbezug

Eine nachhaltige Ernährungspraxis muss über Gesundheitsförderung hinausgehen und sich auch an den Zielen Alltagsadäquanz und Umweltverträglichkeit ausrichten.

Daraus ergibt sich ein erweiterter Auftrag an die Verbraucherberatung, dem ein handlungsorientiertes Verbraucherbild zugrunde liegt. Es gilt, nachhaltige Ernährung als alltägliche Selbstverständlichkeit zu präsentieren, alltagsadäquate Leitbilder für die praktische Umsetzung umweltverträglicher und gesundheitsfördernder Ernährung auch angesichts knapper zeitlicher und finanzieller Ressourcen zu entwickeln, Ernährungs Kompetenzen der Verbraucher zu stärken und auf die Risikowahrnehmung und Handlungsoptionen von Bürgerinnen und Bürgern einzugehen. Parallel zu dem oben genannten gesellschaftlichen Verständigungsprozess werden auf diese Weise wesentliche Voraussetzungen für dauerhafte Verhaltensänderungen geschaffen. (rr/mb)

Weitere Informationen:

www.ernaehrungswende.de

Die Veröffentlichungen aus dem Projekt „Ernährungswende“ können auf der Instituts-homepage im Bereich Sozial-ökologische Forschung als pdf heruntergeladen werden:

www.katalyse.de/fp/archiv/sozoek/Publikation.php

Das Buch zum Projekt: „Ernährungswende“

Das Buch „Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft.“ (oekom-Verlag, 2006) stellt die Ergebnisse des Projekts „Ernährungswende“ vor, das gemeinsam von fünf Forschungsinstituten – darunter dem KATALYSE Institut – im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ beim Bundesministerium für Forschung und Bildung durchgeführt wurde.

Ernährung – alltagstauglich, gesundheitsfördernd und umweltverträglich

BSE, Gammelfleisch, Adipositas ... Wir müssen unsere Ernährungsverhältnisse durchgreifend verändern, wenn wir ernährungsbedingte Krankheiten vermeiden und der Endlosschleife immer neuer Lebensmittelskandale entfliehen wollen. Einzelmaßnahmen reichen nicht mehr aus. Es muss ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden, der eine nachhaltige Ernährung in den Mittelpunkt des

Handelns von Politik, Unternehmen, Institutionen und KonsumentInnen stellt.

Eine solche Ernährungswende hin zu einer nachhaltigen Ernährung umfasst deutlich mehr als nur die Erhöhung der Marktanteile für Bio-Produkte. Nachhaltige Ernährung ist umweltverträgliche und gesundheitsfördernde Ernährung, die sich in den Alltag einbinden lässt und zudem soziokulturelle Vielfalt bewahrt.

Ein zentrales Aktionsfeld für eine Ernährungswende sind die Schulen. Umweltverträgliches und gesundes Essen muss selbstverständlicher Teil des Schulalltags